

Die EU verfolgt seit Jahren Freihandelsabkommen „der neuen Generation“ wie TTIP, CETA, TiSA und JEFTA.

Wesentliche Merkmale sind:

- Einschränkung von staatlicher Regulierung und parlamentarischer Entscheidungshoheit:**
 Mit „regulatorischer Kooperation“ und Einrichtung eines demokratisch nicht legitimierten „Regulationsrats“ werden Strukturen geschaffen, die es Lobbygruppen und Vertragsländern erlauben, regelmäßig auf die europäische Gesetzgebung einzuwirken (TTIP, CETA, TiSA, JEFTA). Durch Errichten einer Paralleljustiz in Form von privaten Schiedsgerichten (TTIP, JEFTA) oder einem formal aufgebesserten Investitionsgerichtssystem (CETA), sollen internationale Investoren außerhalb nationaler Rechtssysteme gegen staatliche Entscheidungen klagen können, wenn sie Ihre „legitimen Erwartungen“ auf zukünftige Gewinne enttäuscht sehen.
- Abbau von „Handelshemmnissen“ durch Nivellierung rechtlicher Standards:**
 Durch gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher nationaler Standards - etwa lebensmittelrechtlicher Vorschriften - wird es transnationalen Konzernen möglich, die für sie kostengünstigsten und zugleich für die Bürger schädlicheren Standards herauszupicken, die sich dann auf dem Markt durchsetzen. Alternativ werden Normen von den Vertragspartnern nach dem Barprinzip gehandelt. Bei CETA wurde das europäische Vorsorgeprinzip geopfert, das erlaubt, Produkte bereits bei Verdacht auf Schädigung von Umwelt oder Gesundheit zu verbieten.
- Liberalisierung der Daseinsvorsorge:**
 Neue Marktöffnungsregeln gefährden öffentliche Dienstleistungen und forcieren ihre Privatisierung. Besonders undemokratisch wirken sich „Stillhalte“- und „Sperrklinken“-Klauseln aus (CETA, JEFTA). Sie schreiben fest, dass einmal vollzogenen Privatisierungen nie mehr rückgängig gemacht werden dürfen, egal, wie negativ die Auswirkungen sind.



Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler
Regionalverband Darmstadt



Kreisverband Darmstadt



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland



Stadtverband Darmstadt
Kreisverband Darmstadt-Dieburg



Kreisverband Darmstadt +
Stadtverordnetenfraktion
Kreisverband Darmstadt-Dieburg



Bezirksverband Südhessen



Verwaltungsstelle Darmstadt



NaturFreunde Pfungstadt



Region Darmstadt & Mainz



Bezirk Südhessen



Werkhof Darmstadt



PIRATENPARTEI
Darmstadt / Darmstadt-Dieburg /
Odenwaldkreis



imas

Wir brauchen politische Regeln, damit Lohndumping und Umweltraubbau keine Wettbewerbsvorteile werden, damit öffentliche Dienstleistungen gefördert werden und die Entwicklung ärmerer Länder geschützt wird.



**CETA-Aktionstag
Darmstädter Marktplatz
Sa, 9. Sep | 10.30Uhr**

www.stoppt-ttip-und-co.de

Freihandel: Ein Thema für die Bundestagswahl

Den Klimawandel stoppen, die natürlichen Ressourcen unseres Planeten bewahren und weltweit mehr soziale Gerechtigkeit herstellen, sind – so Papst Franziskus in der Umweltenzyklika - die drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Sie erfordern unverzüglich wirksame Maßnahmen und Eingriffe in den Markt.

Denn das Wirken „freier Marktkräfte“ und globaler Konzerne nimmt keine Rücksicht auf natürliche Lebensgrundlagen und verschärft den Gegensatz zwischen Arm und Reich. Aktuelle Beispiele sind der Abgasbetrug der deutschen Autoindustrie und das Zurückbleiben Deutschlands hinter den eigenen Klimazielen aufgrund einer konzernfreundlichen Verkehrs- und Kohlepolitik. In Afrika und Südasiens herrschen Hungersnöte infolge von Klimawandel, unfairer Handel und der Saatgutpolitik globaler Agrarkonzerne. Franziskus spricht von Unterwerfung der Politik unter die Technologie und das Finanzwesen.

Wir messen Parteien an ihrer Bereitschaft, globale Konzerne durch ökologische und soziale Vorgaben zu regulieren.

Eine Schlüsselrolle kommt Freihandelsabkommen wie TTIP (EU-USA), CETA (EU-Kanada), JEFTA (EU-Japan) und dem Dienstleistungsabkommen TiSA (EU und 23 Länder) zu. Denn sie schreiben einen weiteren Machtzuwachs der Konzerne völkerrechtlich fest und schränken staatliche Handlungsfähigkeit ein:

- Regulatorische Kooperation macht den ohnehin starken Einfluss von Wirtschaftsverbänden zur Regel.
- Eine außerhalb staatlicher Verfassungen konstruierte Sonderjustiz erlaubt ausländischen Investoren, Staaten und Kommunen wegen geänderter Umwelt- und Sozialbestimmungen zu verklagen. Verfassungsrechtliche

Prinzipien wie die Sozialverpflichtung des Eigentums nach Art. 14 GG und die Willensbildung von gewählten Parlamenten werden ausgehöhlt. Millionenschwere Schadensersatzklagen wie die des Energiekonzerns Lone Pine gegen Kanada wegen eines Fracking-Moratoriums oder die Klage des Wasserkonzerns Veolia gegen Ägypten wegen Anheben des Mindestlohns können als Abschreckungsinstrumente gegen umwelt- und sozialpolitische Gesetze eingesetzt werden.

Nachdem Hunderttausende gegen TTIP und CETA demonstriert haben, ist es nach der Wahl Donald Trumps und der Unterzeichnung des europäisch-kanadischen Abkommens CETA stiller um dieses Thema geworden. Doch ist das Problem nicht vom Tisch:

CETA hat mit der Abstimmung im EU-Parlament im Februar 2017 nur den ersten Ratifizierungsschritt durchlaufen. **Die Entscheidungen von Bundestag und Bundesrat stehen noch aus.**

Von Befürwortern als wegweisendes Abkommen und Garant einer offenen Gesellschaft gepriesen, erweist sich **CETA** bei näherem Hinsehen **als Musterbeispiel für eine konzernfreundliche Handelspolitik.**

Denn CETA

- legt mit der Verankerung eines Investitionsgerichtshofs einseitige Konzernklagerechte fest,
- hebt das europäische Vorsorgeprinzip vor gesundheitlichen und ökologischen Gefahren aus,
- enthält keine Durchsetzungsmöglichkeiten zur Einhaltung von ArbeitnehmerInnenrechten,
- schreibt Marktöffnungspflichten für die öffentliche Daseinsvorsorge vor und untersagt Rekommunalisierungen.

Zwanzig weitere derartige Abkommen sind in Arbeit.

Wir prüfen zur Bundestagswahl die Haltung der Parteien:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

haben die Proteste gegen TTIP und CETA unterstützt. Ihre EU-Abgeordneten stimmten gegen die Ratifizierung von CETA. Im **Wahlprogramm** sprechen sie sich dafür aus, „TTIP, TiSA, Jefta sowie alle anderen derartigen Abkommen zu stoppen“ und „*alles zu tun, damit CETA nicht ratifiziert wird.*“ Leider ist im Wahlkampf wenig davon zu hören.

Wir appellieren an DIE GRÜNEN: Halten Sie Ihr Versprechen zu CETA! Wenn Sie standhaft bleiben, kann das Abkommen im Bundestag nicht durchgewinkt werden. Im Bundesrat ist CETA zu stoppen, wenn sich die Landesregierungen mit grüner und linker Beteiligung der Stimme enthalten.

DIE LINKE

stand bei den Demonstrationen für einen gerechten Welt-handel an unserer Seite. Ihre Abgeordneten stimmten im EU-Parlament gegen die Ratifizierung von CETA.

Das **Wahlprogramm** sagt: „*Wir lehnen die neoliberalen Freihandels- und Konzernschutz-Abkommen ab. Sie sind demokratiefeindlich und schränken die Entwicklungsmöglichkeiten schwächerer Länder ein.*“

Wir fordern die LINKEN auf: Machen Sie Freihandel stärker zum Wahlkampfthema. Zwingen Sie die anderen Parteien, Position zu beziehen!

Die SPD

hatte auf ihrem Parteikonvent von 2014 beschlossen, keine Sonderklagerechte für Konzerne zuzulassen und die öffentliche Daseinsvorsorge zu schützen. Nach aktivem Einsatz des Parteivorsitzenden wurde CETA im EU-Parlament von der Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten abgenickt.

Das **Wahlprogramm** attestiert, dass es bei CETA gelungen sei, „*zukunftsweisende Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof zu vereinbaren. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen.*“ Diese Rhetorik verblüfft angesichts der Verankerung einseitiger Konzernklagerechte und mangelnder Schutzvorschriften bei CETA.

Wir fragen die SPD: Wie wollen Sie dauerhaft „mehr Gerechtigkeit“ durchsetzen, wenn die Handlungsfähigkeit

gewählter Regierungen durch solche Regelwerke eingeschränkt wird? Warum befürworten Sie Marktöffnungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine Paralleljustiz für multinationale Investoren?

Die CDU

schreibt in ihrem **Wahlprogramm:** „*Deutschland ist eine Exportnation, die von offenen Märkten und internationalen Lieferbeziehungen besonders profitiert. Wir wollen ... CETA mit Leben erfüllen und streben weiterhin ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA an.*“

Wir fragen die CDU: Wie wollen Sie kleinere Unternehmen und bäuerliche Betriebe vor der zunehmenden Billigkonkurrenz global agierender Konzerne schützen?

Die FDP

Nachdem die Liberalen CETA im EU-Parlament zugestimmt haben, überrascht das **Wahlprogramm** mit den Worten: „*Wenn wir Handelshemmnisse abbauen und ... unsere hohen Standards bei Menschenrechten, Lebensmittel- und Umweltsicherheit als Rechtsgrundlage nehmen, haben wir die einmalige Chance, der Globalisierung gerechte Regeln zu geben.*“

Wir empfehlen der FDP, das CETA-Abkommen zu lesen. Denn dieses greift als völkerrechtlich bindendes Vertragswerk hohe rechtliche Standards wie die Sozialverpflichtung des Eigentums oder das Vorsorgeprinzip als Leitlinie der Umwelt- und Gesundheitspolitik an.

Die AfD

formuliert ein fremdenfeindliches **Wahlprogramm**, das soziale und ökologische Fragen dem Markt überlässt. Klimaschutz und Atomausstieg werden als Irrweg gesehen.

CETA, TiSA und TTIP lehnt sie ab, fordert aber „für deutsche Unternehmen“ einen „*diskriminierungsfreien Zugang*“ zu ausländischen Märkten und Rohstoffen. *Entwicklungspolitik soll „deutschen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen“ dienen.*

Wir sehen hier neokoloniale und wirtschaftsliberale Ansichten kombiniert.